

Reichstag.

198. Sitzung. Donnerstag, 4. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht: Zweite Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern. Hierzu liegen folgende Anträge vor:

1. Antrag der Sozialdemokraten auf Erweiterung der Bundesratsverordnung über den Betrieb in der Großindustrie (Magistralarbeitstag, Achtstundenschicht für Feuerarbeiter, Beschränkung der Überarbeit usw.) und auf Erlass einer Verordnung über die Metallschleifereien (Dauer der Arbeitszeit, Beschaffenheit der Arbeitsräume, Durchführung der Schutzvorschriften usw.).

2. Antrag der Sozialdemokraten auf Erlass eines Reichsberggesetzes.

3. Antrag der Sozialdemokraten auf Erlass einer Verordnung zum Schutze der Glashütten- und Glasindustriearbeiter.

4. Anträge des Zentrums auf Einführung der Verhältniswahl bei der Reform der Krankenversicherung, auf Abänderung des Berggesetzes, Erweiterung der Schutzvorschriften in der Großindustrie, auf Vorlegung einer Novelle zum Zolltarifgesetz.

5. Anträge der Wirtschaftl. Vereinigung auf Vorlegung eines Entwurfs, durch den die Mißstände im gewerblichen Ausnahmestellen beseitigt werden, auf Abänderung des § 84 der Unfallversicherung, wodurch die früheren Bestimmungen über die Ansammlung eines Reservefonds wieder hergestellt werden.

6. Antrag der Nationalliberalen, zum Ausbau des Deutschen Handwerksblattes einen jährlichen Reichszuschuß vorzuschlagen.

Abg. Trimborn (Zentr.): Eine Reihe von Vorlagen über Arbeiterversicherung sind uns in Aussicht gestellt. Sollten sie nicht bald vorgelegt werden können, so möchte mindestens für die Witwen- und Waisenversicherung ein Notgesetz erlassen werden. Außer der Einführung der Verhältniswahl wünschen wir die Einbeziehung der Heimarbeit in die Kranken- und Invalidenversicherung. Ueber die Schutzbestimmungen in Glashütten sind bereits 1907 und 1908 Resolutionen angenommen, die sich mit dem vorliegenden Antrage der Sozialdemokraten decken. Diesem werden wir auch heute zustimmen, nur wie früher die Forderung ablehnen, welche die Arbeitszeit auf 8 Stunden beschränkt und die Nachtarbeit für bestimmte Fälle verbietet. Bezüglich des Bergarbeitergesetzes stimmen wir dem sozialdemokratischen Antrage mit Ausnahme der Nummer 3 zu. Auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes verlangen wir eine Vereinfachung des Arbeiterrechts. Ein wichtiger Schritt wäre die Vereinfachung der Rechtspersönlichkeit an die Berufsvereine. Vor allem muß das Koalitionsrecht geschützt werden. Einen sozialpolitischen Stillstand kann und darf es nicht geben. Dienen doch die sozialpolitischen Maßnahmen zur Hebung der Bevölkerung. Gerade der Arbeitsminister sollte im Interesse der Wehrkraft ein Interesse am Arbeiterschutz haben. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Wassermann (nat.-lib.): Die Behauptung, daß es mit der Sozialpolitik seit Bismarcks Rücktritt nicht mehr klappt, ist ein Irrtum. Zu dem schnellen Tempo, welches Herr Trimborn wünscht, würde die Arbeitskraft des Reichstages nicht ausreichen. Der Forderung auf Einführung der Verhältniswahl bei den Krankenkassen stimmen wir zu. Die Selbstverwaltung der Krankenkassen wünschen auch wir. Aber nicht die Aufrechterhaltung des heutigen Zustandes, bei dem die Arbeitgeber fast majorisiert werden. Daß wir für reichsgesetzliche Regelung der Krankenversicherung der Landarbeiter sind, wurde von uns bereits hervorgehoben. Eine Vereinfachung der gesamten Versicherungsgebung läßt aber auf große Schwierigkeiten. Nebner spricht sich für die Resolution der Wirtschaftl. Vereinigung in bezug auf die Unfallversicherungsgesetze (Ansammlung eines Reservefonds) aus. Die Finanzlage hat zu Erwägungen geführt, ob man die Einführung der Witwen- und Waisenversicherung weiter hinausschieben soll. Ich bin nicht dieser Ansicht. Die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine sollte dem Reichsjustizamt überlassen werden. Sie muß mit nüchternem juristischer Sachbegriff behandelt werden. — So große Freunde der Tarifverträge wir auch sind, so wollen wir sie doch nicht etwa obligatorisch machen. Zahlreiche Industriezweige sind noch nicht reif für Tarifverträge.

In ihre Stellung zum Reichsberggesetz haben wir verschiedentlich dargelegt. Wir sind für ein solches Gesetz. Wir wünschen verständige Fortsetzung der Sozialpolitik zum Besten unseres Volkes. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Vizepräsident Dr. Baasche teilt mit, daß eine Resolution Müller-Reinigen, Gedtscher, Defer (Frei. Fraktionsgemeinschaft) auf Erlass eines Reichstheatergesetzes eingegangen sei.

Abg. Pauli-Rotsdam: Es heißt, die Reform der Krankenversicherung solle die Beiträge der Unternehmer auf die Hälfte erhöhen. Das erfüllt uns mit großer Sorge. Das Reichsamt

Träumerei und habe kein Wort von dem vernommen, was der Rechtsanwalt zu ihr gesprochen hatte.

„Dieser Sondermann — wie er heute wieder aussah,“ sagte sie begeistert. „Ein Kopf, wie gemeißelt. Da ist Charakter drin, Klasse. Ich kann einmal die sogenannten schönen Männer nicht leiden. Die haben immer so leere Gesichter. Aber so ein Künstlerkopf, wie der Sondermanns, darin steckt etwas Dämonisches.“

„Seiders Stirn krauste sich.“

„Du schwärmst, meine Liebe, du bist zu bedauern,“ nickte er. Dann erhob er warnend den Finger. „Das Klingt ja beinahe nach Leidenschaft. Als guter Freund warne ich dich. In deinem Alter ist das gefährlich.“

„Ehe die Betroffene diesen Stich erwidern konnte, machte das Erscheinen Agnes' und Hombergs dem Kampf ein Ende. Das junge Mädchen wurde unangenehm berührt, als sie ihren Vater eingeschlafen vorand, aber sie zog die Sache ins Äußerliche.“

„Müht Ihr aber langweilig gewesen sein, daß Papa eingeschlafen ist,“ sagte sie. „Seh, Papa, du, es ist Zeit, nach Hause zu gehen.“

Sie schüttelte den Alten sanft, er ermunterte sich aber nur langsam, dennoch wollte er von Aufbruch noch nichts wissen. Wertmüßigerweise schlug sich aber diesmal Frau Ella auf die Seite ihrer Stieftochter.

„Morgen ist auch ein Tag, und zwar ein anstrengender. Es ist auch spät genug.“

Gehorsam stand Pohl auf und bot ihr den Arm. Seider geleitete Agnes, er zeigte sich auffallend liebenswürdig gegen sie. Ehe sie den Ausgang aus dem Saal erreicht hatten, stießen sie auf Boden, der seine Dame bereits abgescüttelt hatte. Agnes reichte ihm zum Abschied mit kräftigem Druck die Hand, ohne indes Seiders Arm fahren zu lassen.

„Gute Nacht, Alfred. Morgen kommst du doch zu uns, um den Zug zu sehen?“

Der Doktor verneigte sich stumm zustimmend. Er war sehr mißgelaunt.

(Fortsetzung folgt.)

des Innern muß mehr Rücksicht auf die Arbeitgeber nehmen. Nebner bekennt sich als Freund der Tarifverträge, aber nicht der beschleunigten Sozialpolitik. Das Handwerk sei an der Verengung seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Wenn nicht Maß gehalten würde, so sei ein Rückgang der Industrie und Arbeitslosigkeit die Folge. Die Witwen- und Waisenversicherung würde nach Berechnung der Regierung 175 Millionen erfordern. Das mahne zur Vorsicht. Dem nationalliberalen Antrage stimmten wir zu. Ebenso dem des Zentrums über Schutzbestimmungen in der Großindustrie zum Teil, die sozialdemokratischen Resolutionen hingegen lehnen wir vollständig ab. (Bravo! rechts.)

Abg. Koch (Soz.): Der Abgeordnete Trimborn hat mit Recht gesagt, daß die Mißstände in den Städten zurückgehen, weil die industrielle Arbeit eine schwere Schädigung der Gesundheit in vielen Fällen mit sich bringt. Um so eifriger muß sozialpolitisch gearbeitet werden. Die Krise, in der wir uns noch immer befinden, bewirkt, daß die Ernährung der Arbeiter noch schlechter wird, und ein einziges Jahr der wirtschaftlichen Krise löst einen großen Teil der Erfolge aus, die im Kampfe gegen die Volkskrankheit der Tuberkulose erungen sind. Der Herr Staatssekretär warnte neulich vor unnötiger Erbitterung im Kampfe zwischen Arbeitern und Unternehmern. Aber dieses Elend, das wir jetzt haben, muß die Arbeiter besonders erbittern, weil es nicht die Folge eines besondern Unglücks ist, sondern die Folge der wirtschaftlichen Produktionsweise. In guten Jahren werden die Unternehmer den Profit ein, jetzt aber denken sie nicht daran, den Schaden zu tragen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Alle Beobachtungen zeigen, daß die Großindustrie durch die Krise eine Stärkung ihrer Machtstellung erfährt, und nachher mächtiger dasteht. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Den Kongreß der Bergarbeiter durch einen Geheimrat besuchen zu lassen, hat der Herr Staatssekretär nicht für nötig gehalten. Die Verhandlungen, die sich um Erben und Gesundheit der Arbeiter drehen, scheinen ihn nicht zu interessieren. Wir werden aber alles tun, um die Wünsche und Klagen der Arbeiter hier zum Ausdruck zu bringen. (Zustimmung bei den Soz.) Einstimmig ist auf dem Bergarbeiterkongreß eine Resolution angenommen, die reichsgesetzliche Regelung der Arbeiterschutzbestimmungen im Bergbau verlangt. Dieser Regelung steht gar nichts im Wege. Die von uns eingebrachte Resolution bezieht sich im Rahmen der Wünsche des Bergarbeiterkongreßes. Ich ersuche Sie, dieselbe anzunehmen. (Zustimmung bei den Soz.)

Die Rechtsverhältnisse der Landarbeiter leiden an einer standhaften Ungleichheit. Es ist wahrhaftig an der Zeit, diesem Zustand ein Ende zu bereiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Forderungen der Bauarbeiter sind bisher unerfüllt geblieben. Nicht anders steht es um die Forderungen der Seefleute. Auch die Fliegelerarbeiter haben längst eine Anzahl sehr gemäßigter Forderungen aufgestellt. So sehen wir überall Arbeiterkategorien auf der Pracht ihres harten täglichen Lebens heraus zur Aufstellung ganz bestimmter Forderungen gelangen. Wann aber werden die Beschwerden abgestellt werden? Charakteristisch für unsere Zeit ist es, daß nun auch der eigentlichen Arbeiterbewegung fernstehende Schichten mit Forderungen an die Gesetzgebung herantreten. So die Handlungsgehilfen, für die auch nicht das mindeste geschieht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch beim Arbeiterkammergesetz hat man sie übergangen. Auch die Techniker leiden unter der Verfolgung der Arbeitgeber. Herr Pauli hat es hier als unmoralisch bezeichnet, wenn Unternehmer ihre Arbeiter oder Angestellten wegen Zugehörigkeit zu einer Organisation maßregeln. Das heißt bei Herrn Pauli aber nur: gegen Mitglieder selber Gewerkschaften ist nichts einzuwenden, aber die Angehörigen der Gewerkschaften, die wirklich Arbeiterinteressen vertreten, sollen nach wie vor gemahregelt werden. Die Unternehmerorganisationen reden die Sprache der Milde, wenn sie sich schwach fühlen, aber wenn sie die Macht haben oder zu haben glauben, dann gehen sie mit schamlosen und unerschrockenen Maßregelungen vor. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man kann die Arbeiterorganisationen nicht durch Ausnahme-gesetze aus der Welt schaffen. Der Reichstanzler hat diesen Standpunkt allerdings neulich im Abgeordnetenhaus vertreten und sich zu einem Ausnahme-gesetz bereit erklärt, wenn unter den bürgerlichen Parteien eine Mehrheit dafür vorhanden sei. (Hört, hört! bei den Soz.) Das hat und nicht geändert. Der Reichstanzler griff nach dem einzigen Strohhalm, der ihm blieb und machte es, wie so viele, die auf die Sozialdemokratie (Schimpfen, wenn sie mit ihrem Latein zu Ende sind. (Sehr gut! bei den Soz.) Bedauerlicher ist es schon, daß der Staatssekretär des Innern sich diesem Standpunkt in höchst bedauerlichem Maße zu nähern scheint, wie aus seiner Erklärung zu den schwarzen Listen hervorgeht.

Die heutige Gesellschaft schenkt dem Arbeiter nichts. Sozialpolitik treibt sie nicht ihn zuliebe, aber dieses planlose Herumtollen, hier ein Pfäffchen, dort ein Pfäffchen, läßt überall Läden bestehen. Durchgreifend muß das Arbeiterrecht reformiert werden. Noch immer aber beruht unsere Gewerbeordnung auf der falschen Anschauung, das zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Unternehmer ein Arbeitsvertrag abgeschlossen wird. Das war einmal. Wir brauchen ein anderes Arbeiterrecht, das aus den heutigen Rechtsverhältnissen herauswächst. (Rebhäcker Beifall bei den Soz.)

Herr Pauli hat hier die armen Unternehmer beklagt, die Millionäre, und wieder behauptet, die Arbeiter seien selbst schuld an vielen Unfällen, weil sie die Vorschriften nicht beachten. Der unparteiische Beobachter weiß aber, wie unpraktisch die Unfallverhütungsvorschriften sind. Herr Pauli müßte also vor allem einmal Sorge tragen, daß praktische Vorschriften erlassen werden. Der Staatssekretär erklärte uns, daß er kein Interesse daran hat, die Arbeiter zu erbittern. Die Verordnungen über die Arbeitsverhältnisse in der Großindustrie sind aber von den Arbeitern geradezu als Verhöhnung aufgefaßt worden. Diesen Arbeitern, die so schwer arbeiten, hat man nicht einmal den Achtstundentag gewährt. (Hört, hört! bei den Soz.)

Die Vorlage zur Reform der Arbeiterversicherung sollen wir demnächst bekommen. Herr Trimborn hat bereits gefragt, ob das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Reichsamt des Innern und den Interessenten mitgeteilt wird. Wenn bei uns solche Geheimnisthümer betrieben wird, dann darf sich die Regierung auch nicht wundern, wenn ihre Absichten verkannt werden. Nachher sollen wir, ohne das Material zu kennen, den Entwurf recht bald verabschieden. Das ist aber so nicht möglich. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr Wassermann hat auf die Mißstände in den Oristrentenklassen hingedeutet, das kennen wir schon. Bisher konnten wir in den meisten Fällen immer nachweisen, daß die Anschuldigungen Entstellungen waren. Wir müssen gegen jede Beschränkung des Selbstverwaltungsbereichs der Arbeiter aufstehen. Es muß nicht eingeschärft, sondern ausgebaut werden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Es ist dringend zu wünschen, endlich in eine Vereinheitlichung der Krankenkassen einzutreten. Leider werden jetzt Verteilungsklassen von der Regierung begünstigt, obwohl sie zu Mißständen führen. Bei der Witwen- und Waisenversicherung sollte man dafür sorgen, daß die Rentenzahlung nicht davon abhängt, daß der Ernährer gerade durch einen Betriebsunfall umgekommen ist. Es ist bekannt, zu welcher Erbitterung diese Feststellungen oft führen. (Zustimmung bei den Soz.)

Die ganze Versicherungsgebung kann nur dann Segen bringen, wenn Ärzte und Klassen zusammenarbeiten. Wir sehen aber die Ärzte unter Führung des Kollegen Mugdan mit allen Mitteln einen hartnäckigen Kampf für die freie Arztwahl führen. Dabei mischen sich die Aufsichtsbehörden fortwährend zugunsten der Ärzte ein. Geradezu standhaft war der Vorgang

in Köln. Die dortige Klasse war gar nicht imstande, die freie Arztwahl einzuführen. Trotzdem wäre eine Verständigung möglich gewesen, wenn die Ärzte nicht gefügt auf die Behörde erklärt hätten, überhaupt keinen Antrags über das Koalitionsrecht der Landarbeiter wurden auf der rechten Seite die Folgen eines etwaigen Erststreichs als furchtbares Unglück dargestellt. Da werden die Herren Konservativen hoffentlich erst recht nicht einen Erststreich billigen. Ohne Eingreifen der Behörde wären die Ärzte zu einer Verständigung gelangt. (Hört, hört! bei den Soz.)

Zum Schluß möchte ich den Staatssekretär noch recht dringend auffordern, den Berichten der Arbeiterssekretariate einige Aufmerksamkeit zu schenken. Jrgendein Geheimrat wird doch Zeit für diese nützliche Bestüre haben. (Rebh. Beifall.)

Abg. Dr. Mugdan (Frei. Vp.): Die Sozialdemokraten tun so, als ob die ganze deutsche Sozialpolitik aus Liebesdiensten gegen die Unternehmer bestehe. In der Tat aber steht Deutschland in der Sozialpolitik unerreicht da. Aber die Sozialdemokratie ist es, die in Wirklichkeit die Sozialpolitik hemmt, die den Unternehmern die Sozialreform verweigert und die wahre Urheberin der gelben Gewerkschaften ist. (Lachen bei den Soz.) — Nebner spricht sich für erhöhten Vergarbeiterzuschuß, Privatbeamtenversicherung und Mittelstandspolitik aus und polemisiert gegen den Abg. Koch, u. a. mit der Erklärung, daß auch im Zukunftsstaat die Dänen stehen werden, also Unfälle auch dort nicht ausgeschlossen seien. — Landarbeiter, die bei der Erste streiken, begehen Kontraktbruch, die Kölner Ärzte aber waren ja entlassen. Uebrigens steht den Ärzten ein wahrer Rassenhaß gegenüber, der sich von der äußersten Rechten, den Betriebsklassen, bis zur äußersten Linken, den Oristrentenklassen, erstreckt. In der Verhöhnung des Koalitionsrechts stimme ich mit dem Abg. Koch überein. (Rebh. Bravo! bei den Freis.)

Hierauf verlegt sich das Haus auf Freitag, 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung, sowie die am Sonnabend nicht zustande gekommenen namentlichen Abstimmungen.)

Schluß 1/7 Uhr.

Die Nachlasssteuer vor der Finanzkommission.

In der Finanzkommission des Reichstages begann am Donnerstag die Beratung des Gesetzesentwurfs über die Nachlasssteuer. Der Schatzsekretär Schönow empfahl die Vorlage mit einigen einleitenden Worten. Name die Nachlasssteuer nicht auszuheben, dann bliebe nur der Weg einer Vermögenssteuer oder die Erhöhung der Matrikularbeiträge; dies sei aber nicht vorzuziehen, weil die Lage der Einzelstaaten dann gefährlicher werde. Dann kamen die Referenten zum Wort. Zuerst sprach Müller-Reinigen, der die Nachlasssteuer als eine reine Vermögenssteuer bezeichnete und sich mit ihr einverstanden erklärte. Korreferent v. Richtigsohn erklärte sich prinzipiell gegen die Steuer. Gangbarer sei eher noch der Weg einer Novelle zum Erbschaftsteuergesetz. Sein Steuergebot sei dem Volke (1) so unsympathisch wie der Gedanke der Nachlasssteuer. Dagegen seien die indirekten Steuern mehr auszubauen, und hier müßten Reichstag und Kommission Hand in Hand gehen. Fürst Saffelb (Reichsp.) gab für seine Partei die Erklärung ab, daß sie bereit sei, für Erlass zu sorgen, wenn — nach dem großen Widerstand gegen das Gesetz zu urteilen — der Entwurf abgelehnt würde. Aber der Beschluß müsse mehr mit Herangezogen werden. Für das Zentrum sprach Herold. Es müsse das Prinzip gewahrt werden: direkte Steuern für die Einzelstaaten, indirekte Steuern für das Reich. Der Beschluß müsse mehr durch indirekte Steuern getroffen werden. (1) Es ist Sache der Einzelstaaten, die direkten Steuern zu erhöhen, wenn die Matrikularbeiträge erhöht werden. Die Nachlasssteuer bringe große Erschwernisse für den Grundbesitz. Man lege so großes Gewicht auf nationale Eigenheiten, auf den deutschen Familienstamm; hier lägen auch die meisten nationalen Gründe für die Ablehnung der Nachlasssteuer.

Der preussische Finanzminister v. Rheinbaben hat dringend die Nachlasssteuer zu bewilligen. Die breiten Kreise der Bevölkerung könnten freilich noch mehr verlangen, denn sie seien durch die sozialpolitische Gesetzgebung gekränkt worden. Aber die indirekten Steuern seien bei der beschleunigten Reichsfinanzreform schon in hohem Maße in Anspruch genommen. Die Vorlage nehme Rücksicht auf den Immobilienbesitz, speziell auf den ländlichen Besitz; denn die Steuer beginne erst bei einem Nachlaß von 20 000 Mark. Und damit fielen die kleinen Besitzer vollständig aus. Er habe sich eine statische Aufmachung herstellen lassen; danach seien vier Fünftel des ländlichen Besitzes aus, nur ein Fünftel werde getroffen. Die Steuer zümiere den bäuerlichen Besitz also nicht. — Der Abgeordnete Weber (nat.-lib.) erklärte, daß seine Freunde Gegner der Nachlasssteuer seien, aber sie seien bereit, auf anderem Wege den Beschluß heranzuziehen. Da die indirekte Besteuerung hoch genug sei (1) seien sie bereit, auf eine andere Weise die Besteuerung des Besitzes zu ermöglichen. Wiemer (Frei.): Seine Partei stehe auf dem Boden der Vorlage. Mehr indirekte Steuern dürften nicht eingeführt werden. Allerdings sympathisieren er und seine Freunde mehr mit einer Vermögenssteuer. Sie greife gar nicht mehr an die Finanzhoheit der Einzelstaaten, sie sei derzeit die Erbschaftsteuer. Gelange es, die jetzige Erbschaftsteuer auszubauen, um so besser. Ueber die Begünstigung der Landwirtschaft durch die Vorlage werde weiter zu reden sein. Graf Schwerin (Konf.) meint, die Verhandlungen zeigten, daß der von seinen Freunden im Plenum vorgeschlagene Weg der gangbarste bliebe. Die indirekten Steuern sollen dem Reiche bleiben, die direkten Steuern vollständig den Einzelstaaten überlassen werden. So müßte verfahren werden nach Artikel 85 der Verfassung. Wenn alle 480 Millionen Mark zur Durchführung der Reichsfinanzreform aus indirekten Steuern geholt würden, dann hätten wir noch nicht so hohe indirekte Steuern wie Frankreich; auf den Kopf der Bevölkerung kämen dann nur 8 Mark indirekte Steuern mehr. Der Beschluß kann durch Verbrauchssteuern getroffen werden; eventuell wäre er auch für eine Veredelung der Matrikularbeiträge. Freilich werde es sich erst zeigen müssen, wie diese zu ermöglichen wäre. Schönow entgegnete, die Vorlage verstoße nicht gegen Artikel 85 der Verfassung. Danach siehe dem Reiche die ausschließliche Ausübung indirekter Steuern zu, verleihe aber nicht den Weg der direkten Steuern. Auch der fördernde Charakter des Reiches werde durch die Vorlage nicht gestört.

An den Beratungen der Finanzkommission nahmen fast sämtliche Finanzminister der Einzelstaaten teil. Die Herren werden natürlich bestrebt sein, ihren Einfluß auf die ihnen nahestehenden Abgeordneten zugunsten der Nachlasssteuer geltend zu machen. Doch sie damit Erfolg haben werden, kann nach dem Verlauf der Donnerstagssitzung als ausgeschlossen gelten. Die Nachlasssteuer ist bereits tot, und kein Minister kann ihr neues Leben einflößen.

In der Subkommission beschäftigte man sich mit den auswärtigen Gesandtschaften und Konsulaten. Die einzelnen Titel wurden zum größten Teil ohne Abstriche bewilligt. Unter anderem wurden für Vergütung und Diäten an nicht fest angestellte Beamte und Unterbeamte bei den Konsulatsbehörden 1 200 000 Mark gefordert. Die Position wurde verschiedentlich angegriffen. Genosse Singer wies speziell auf Shanghai hin; dort sind nicht weniger als 47 Personen auf der Gesandtschaft beschäftigt. Der Nachweis, daß das große Verlangen